

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwaldfener Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 2681.

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag:
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter:
Wilhelm Probst, Schierstein.

Telefon Nr. 584

Telefon Nr. 584.

Nr. 68.

Samstag, den 12. Juni 1920.

28. Jahrgang

Arbeitslosenfürsorge.

Auf dem Reichstagskongress der Erwerbslosen ist viel ge-
sprochen, aber sonst wenig Brauchbares geleistet und vorge-
schlagen worden. Es ist kein Mittel, der Arbeitslosigkeit
zu steuern, wenn nur die Unterstützungssätze erhöht wer-
den. Eine Lösung ist es eine Hilfe, außerordentliche Not-
standsgelder zu bewilligen. Nun hat der Unterstaatssekre-
tar Dr. Fritsch auf einer Tagung des Wirtschaftsrates
angekündigt, daß neue Formen der Arbeitslosenunterstützung
nämlich Arbeitslose sollen eingestellt und abgeloht
werden. Ergebnisse der Arbeitslosen sollen indessen nicht
in der Höhe der Unternehmern erhöhen, sondern zu an-
gemessenen Preisen dem allgemeinen Verbrauch zur Ver-
fügung gestellt werden.

Der Vorschlag läßt sich hören. Vor allem wird durch
ihn vermieden, daß auf der einen Seite Unterstützungen
erhöht ohne daß auf der anderen Seite wirtschaftliche
Gegensätze zur Verfügung gestellt werden.
Nur können die Schuttfabriken nur einen Teil der
Arbeitslosen aufnehmen. Es wird aber möglich sein, die
Arbeitslosen der Fürsorge weiter auszuweichen. Vor al-
lem muß die wachsende Arbeitslosigkeit in der Textilindu-
strie bekämpft werden. Tag für Tag erfolgen hier Ar-
beitsentlassungen, ohne daß das in der Öffentlichkeit wei-
ter reflektiert. Die Betriebe sind nicht in der Lage, Ab-
satz zu nehmen, weil ausländische Wolle und Baum-
wolle eingeschmuggelt wird. Die Betriebe sind nicht in der Lage, Ab-
satz zu nehmen. Ein großer Teil der Betriebe besitzt nicht
die Mittel und die Kredite, Rohstoffe zu kaufen.
Nur eine Reichshilfe eingreifen, wobei es aber not-
wendig ist, eine gemeinschaftliche Organisation zu
bilden. Es geht nicht an, daß überall das Reich mit sei-
nen Mitteln eingreift. Zu erwägen ist, daß
die Industrie selbst mit Unterstützung der Banken eine Or-
ganisation schafft, die Rohstoffe einführt, weil das Reich
den Bedarf oder die finanzielle Rückendeckung übernimmt.
Eine solche Organisation besteht in der Textil-
industrie schon; das ist die Reichswirtschaftsstelle für Wolle.
Sie läßt sich unter Heranziehung verwandter Organisatio-
nen ausbauen. Ihre Aufgabe bestünde dann darin, Roh-
stoffe einzuführen und zu verteilen. In erster Reihe müssen
den Betrieben bedacht werden, die gezwungen worden
sind, zu liegen. Die Hauptfrage ist indessen, daß ge-
setzliche Hilfe durch gesteigerte Arbeitsleistung ent-
schieden wird. Außerdem ist durch erhöhtes Angebot auch ein
Anreiz der Preise zu erwarten. Auf dem Verwaltungs-
sektor und durch eine bürokratische Preispolitik läßt sich
nichts erreichen.

Um ist die Fürsorge für die Arbeitslosen noch nicht
schlecht. Es gibt noch andere Notstandsarbeiten, wie
Bau- und Wasserbau, Oelandskultur die wirtschaft-
liche Werte schaffen. Die Arbeitslosenunterstützung darf
nicht mehr ohne Gegenleistung gewährt wer-
den. Sie ist auch dann keine Unterstützung mehr, sondern
angemessene Arbeit, für die angemessene Bezahlung erfolgt.

Zur Tagesgeschichte.

Reichspräsidentenwahl.

Die gegenwärtige politische Krise dürfte, wie aus po-
litischen Kreisen berichtet wird, nicht ohne Einfluß auf
die kommende Präsidentenwahl sein. Gleich nach dem Zu-
sammentritt des Reichstags muß dieser sich schlüssig wer-
den, auf wann der Termin der Präsidentenwahl anzu-
setzen ist, da Präsident Ebert nur provisorisch gewählt
wurde. Die zuverläßig verlautet, wird Ebert unter
den Umständen eine Präsidentschaftskandidatur ableh-
nen.

Die „Kölnische Volkszeitung“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ bezeichnet die verschiede-
nen Gerüchte über den Erwerb ihres Blattes durch Groß-
industrielle als unrichtig. Zurzeit fänden lediglich und
ausschließlich Verhandlungen mit Mitgliedern der Zen-
trumspartei statt, die das Blatt der Partei erhalten woll-
ten. Die Verhandlungen würden in den nächsten Tagen
ihren Abschluß finden, da in allen wesentlichen Punkten
bereits eine Einigung erzielt worden sei.

Die Entschädigungssumme.

Der „Daily Telegraph“ will wissen, daß der fran-
zösische Ministerpräsident auf Grund der von den Finanz-
ministern und Politikern erhobenen Vorstellungen zu
der Veranschlagung gekommen sei, eine nicht zu hohe, aber
dennoch verfügbare Summe für den Wiederaufbau würde
ausreichen, aber erst nach vielen Jahren erhältlich
sein würde. Man gibt jetzt in Frankreich zu,
daß der ursprüngliche französische Standpunkt ein irrtüm-
licher war. Der französische steigende Entschädigungsrate
würde die Kosten des Wiederaufbaues der ver-

wüsteten Provinzen sich doch nicht vermindern. Es soll
daher die erste Sorge Millerands sein, bei der Festlegung
der neuen Entschädigungssumme sich erst der schneller
möglich werdenden Zahlung der ersten Verpflichtung
Deutschlands zu vergewissern. Das gleiche Ziel wollen die
italienischen und englischen Sachverständigen anstreben.

Neußerer energische Note.

Nach dem „Intransigent“ bereiten die Alliierten ge-
gentwärtig eine äußerst energische Note vor, die Deutsch-
land alle Verletzungen des Versailler Vertrags, die es
bis jetzt in wirtschaftlicher Hinsicht begangen habe, in Er-
innerung rufen würde. Die Deutschen, so meint das
Blatt, seien in der Tat durch die Verletzung verschiedener
gemachter Zugeständnisse dazu gelangt, ihre früheren Ver-
bindungen und die Neutralität zum Schaden der Sieger zu
begünstigen.

Rohstoffverhandlungen.

Wie uns von unrichtiger Seite aus Berlin ge-
meldet wird, hat tatsächlich eine deutsche Kommission in
England über die Belieferung Deutschlands mit Roh-
stoffen und Kabinettfragen verhandelt. Es ist aber nicht
richtig, daß diese Verhandlungen geheimen Charakter ge-
tragen hätten, wie die „Times“ berichtet. Vielmehr han-
delt es sich zunächst um eine offizielle Vorbesprechung,
die rein informativem Charakter trage. Es kann aber
mitgeteilt werden, daß Aussichten auf eine baldige Ver-
ständigung bestehen.

Der Bolschewismus.

Telegraph meldet aus London: Die Delegation
der englischen Arbeiterpartei, die Ausland besucht hat, ist
nach London zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Abord-
nung, Ben Turner, sagte in einem Interview, in Rus-
land herrsche viel Unruhe zwischen dem flachen Lande
und den Städten, weil letztere den Bauern für die Be-
bensmittel keine Zahlungsmittel bieten können. Turner gab
zu, daß in Russland der rote Terror herrsche, aber ledig-
lich als Vergeltung und Folge des weißen Terrors. Der
allgemeine Eindruck der Delegation sei der, daß der Grund-
satz der Nahrung für ein demokratisches Land wie
England nichts taue. Es liegt sicher viel gutes in dem
Streben der Bolschewisten, aber sie berücksichtigen die mensch-
liche Natur nicht, und so viel schönes der Kommunismus
in vielen Beziehungen auch einschließe, so könne er doch
erst in einigen Generationen verwirklicht werden. Der De-
legation fiel auf, daß unter der bolschewistischen Regie-
rung keine industrielle Freiheit bestehe und daß die Ar-
beitsniederlegung nicht gestattet wird. Turner sagte zum
Schluß: Die Bevölkerung des flachen Landes scheide dem
Bolschewismus nicht sowohl freundlich als vielmehr gleich-
gültig gegenüber, dagegen sei die große Mehrheit der Be-
völkerung von Petersburg, wo am meisten gehungert werde,
unzufrieden auf Seiten der Bolschewisten.

Die Regierungsbildung.

Ein Ausweg?

In Ergänzung zu Äußerungen führender Kreise der
Bayerischen Volkspartei, die eine Koalition zur
Bildung der neuen Regierung aus Mehr-
heitssozialisten, Demokraten und Zentrum mit Einschluss
der Bayerischen Volkspartei unter wohlwollender Neutrali-
tät der Deutschen Volkspartei vorschlagen, erfahren wir
von anscheinend gut unterrichteter Seite, daß man sich auch
in führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei mit ähn-
lichen Erwägungen beschäftigt, und einer Regierung auf
Grund einer derartigen Parteienzusammensetzung keine Schwie-
rigkeiten bereiten würde, falls gewisse Bedingungen er-
füllt würden. In erster Linie wäre dafür Sorge zu tra-
gen, daß das Reichsministerium des Auswärtigen und das
Reichswirtschaftsministerium keinesfalls nach parteipoliti-
schen Gesichtspunkten, sondern lediglich nach Eignung und
Tüchtigkeit besetzt werden dürfen. Sodann müßten dem
Reichswirtschaftsminister größere Befugnisse verliehen werden,
die ihn dazu ermächtigen, im Einverständnis mit dem Par-
lament den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, die
für die nächste Zeit im Vordergrund jeglicher Politik
stehen werden Rechnung zu tragen. Man hofft, daß diese
Stellung der Deutschen Volkspartei die Möglichkeit zur
Beseitigung der schwebenden Regierungskrise in sich trägt.

Das bayerische und das Reichszentrum.

Für die Entwicklung der Dinge im Reich ist es sehr
wichtig, wie sich die so mächtig angewachsene und selbst-
bewusste Bayerische Volkspartei zur Berliner Regierungspo-
litik stellen wird. In dieser Hinsicht ist bemerkenswert,
wie sich der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Speck,
in einer zu Anfang gehaltenen Rede geäußert hat. Er
sagte: „Die Meinung war dadurch bedingt, daß das Zen-
trum den föderativen Boden verlassen hat und weiter durch
seine Linkspolitik in der letzten Zeit. Wenn Grabstaer

eredet, in das Zentrum eintritt, so ist an ein Zusammen-
gehen mit diesem auch in absehbarer Zeit nicht zu den-
ken.“

Die Unabhängigen.

Was die durch die neuen Wahlen geschaffene politische
Lage betrifft, so sind in der Unabhängigen Partei sehr
starke Meinungsverschiedenheiten wegen der Verpflichtungen
eingetreten, die sich aus dem Wahlausfall für die Partei
ergeben. Es ringen zwei Richtungen jetzt miteinander.
Die Mehrheit unter Führung von Dammig verteidigt nach
wie vor den Standpunkt der Opposition, während die von
Sitzel geführte Minderheit, der auch der Parteivor-
sitzende Gröppien zuneigt, gewillt ist, praktische Po-
litik zu treiben. Diese letztere Richtung fürchtet, daß, wenn
die Partei nach ihrem großen Wahlsieg untätig im Schmol-
winkel steht, sich dies bei den kommenden Neuwahlen
bitter rächen wird.

Die Einzelstaaten.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob angesichts
der neuen Parteikonstellation im Reich nicht auch in Preu-
ßen umgehende Neuwahlen stattfinden müssen. Die preu-
ßische Regierung ist, nachdem sie anfänglich zu solchen Neu-
wahlen bereit war, wieder von diesem Standpunkt abge-
kommen und betrachtet es als unumgänglich nötig, zunächst
einmal die Wahlvorlage unter Tisch und Bank zu bringen.
Neuwahlen in Preußen sind demnach nicht vor dem Win-
ter zu erwarten.

Der neue Reichstag.

Der Zusammentritt.

Wie uns aus Berlin berichtet wird, wird Präsi-
dent Ebert nach dem neuen Reichstag bestimmt zum
24. Juni einberufen ohne Rücksicht darauf, ob bis da-
hin die Krise beseitigt ist oder nicht. Die Fraktionen des
Reichstages werden aber bereits Ende nächster Woche
ziemlich vollständig in Berlin versammelt sein.

Das endgültige Ergebnis.

Die Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses wird
noch einige Tage auf sich warten lassen, weil zunächst aus
den einzelnen Wahlbezirken an die Kreiswahlleiter, sodann
von den Kreiswahlleitern an den Reichswahlleiter die an-
gemessenen Protokolle eingeleitet werden müssen. Eine Ergän-
zung des Wahlergebnisses liegt jetzt auch aus Potsdam
vor. Dort haben nach dem nunmehr abgeschlossenen Er-
gebnis die Deutschnationalen 120 222 Stimmen erhalten,
so daß nicht nur der Direktor Bülle der „Dtsch. Ztg.“,
sondern auch noch Graf Westarp gewählt ist.

Erzberger.

Nach einer Meldung des „Abend“ aus Fulda wird
Erzberger alsbald nach der Reichstagsöffnung sein Man-
dat niederlegen, falls seinem Eintritt in die Zentrum-
fraktion erhebliche Schwierigkeiten bereitet werden. Er sehe
Parteiinteressen über persönliche und werde nicht großem
Beifall stehen.

Die Frauenstimmen.

In Hannover hatte man in zehn Wahlbezirken für
Frauen und Männer getrennte Wahlurnen aufgestellt. Da-
bei ergab sich folgendes Bild:

Partei	Männer	Frauen
Mehrheitssozialisten	8465	9001
Deutsch.-Hann. Partei	2005	2464
Zentrum	780	1224
Demokraten	636	634
Deutsche Volkspartei	2103	2697
Deutschnat. Volkspart.	782	888
Kommunisten	178	99
Unabhängige	3137	2683

Daraus geht hervor, daß die radikalen Linksparteien
von den Frauen nicht sehr geschätzt werden. Es sind
die einzigen, die weniger Frauenstimmen als Männerstim-
men erhalten haben.

Ein ähnliches Bild hat die Abstimmung in der Stadt
Köln ergeben. Hier haben die Unabhängigen und die
Sozialdemokraten am wenigsten die Unterstützung der
Frauen gefunden, dagegen haben für das Zentrum um 50
Prozent mehr Frauen gestimmt als Männer.

Lord Georges Ansicht.

Wie aus London gemeldet wird, sagte Lord George
in einer Rede, es sei die Aufgabe der christlichen Kirchen,
eine Atmosphäre zu schaffen, in der Reformen möglich und
die Anwendung schlechter Methoden unmöglich sei. Das
Auseinandergeraten der Meinungsgegensätze lähme den gu-
ten Willen in jedem Lande. Die deutschen Wahlen zeig-
ten ein verwirrtes Volk, das in Parteien gespalten sei,
die einen hoffnungslosen Kampf gegeneinander führten,
ohne klare Ziele und ohne daß es eine Stimme gebe, die
alles überbrücke. Bis jetzt — sagte er — haben wir eine
Kataklysmen im Lande vermieden, aber die ganze Welt

